

<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/46851/>

## Politik

# Bundesregierung will künstliche Befruchtung stärker fördern



Bildunterschrift

Berlin – Gesetzliche Krankenkassen (GKV) sollen nach dem Willen der Bundesregierung ihren Versicherten künftig leichter finanzielle Hilfen bei einer künstlichen Befruchtung anbieten können. Insbesondere aus der CSU kamen am Mittwoch Forderungen nach mehr Unterstützung für Paare mit Kinderwunsch. Unterdessen ermittelte eine neue Universitäts-Studie erhebliche Beratungsdefizite vor den Behandlungen.

Die Möglichkeit, mehr Leistungen bereitzuhalten, ist Teil eines umfangreichen Versorgungsstrukturgesetzes, das das Bundeskabinett heute in Berlin beschlossen hat. Die Maßnahme helfe, dass „sich wieder mehr Familien ihren Kinderwunsch erfüllen können“, erklärte das

Bundesfamilienministerium. Darüber hinaus strebe man weitere Entlastungen für Menschen mit Kinderwunsch an, heißt es im Haus von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU).

Das von Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) entworfene neue Gesetz sieht ein Bündel von Maßnahmen vor, mit denen die ärztliche Versorgung verbessert werden soll. Dazu gehört die Angebotserweiterung bei den Krankenkassen, aber auch etwa der Wunsch, die ländliche Versorgung mit Ärzten sicherzustellen.

Auch CSU-Sozialexperte Joachim Unterländer forderte von Bund und Krankenkassen höhere Zuschüsse für die Kinderwunschbehandlung. Rund 1,5 Millionen Menschen in Deutschland, die in einer Partnerschaft lebten, seien aus medizinischen Gründen ohne Kinder. Jährlich suchten an die 800.000 Paare ärztlichen Rat, sagte der bayerische Landtagsabgeordnete in München. Doch die gegenwärtige Finanzierung von solchen Behandlungen stelle für durchschnittlich verdienende Paare eine große Belastung dar.

Einer Untersuchung zufolge werden Paare mit unerfülltem Kinderwunsch oft nicht ausreichend über negative Aspekte der künstlichen Befruchtung aufgeklärt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Ruhr-Universität Bochum, die am Mittwoch veröffentlicht wurde. Danach klären Reproduktionsmediziner Patienten deutlich besser über Erfolgchancen als über Risiken und Belastungen auf. Als Beispiele werden Mehrlingsschwangerschaften oder emotionale Belastungen genannt.

Drei Viertel der Befragten gaben an, dass der Kinderwunsch andere Lebensziele in den Hintergrund treten lasse. Jeder zweite äußerte das Gefühl, die Kontrolle über die Situation zu verlieren. Nach Angaben der Experten ist die Fähigkeit der Patienten häufig eingeschränkt, über das Ende einer Behandlung mit geringer Erfolgsaussicht zu entscheiden. Die Ärzte würden ihrerseits die Behandlung meist nicht beenden. Die Bochumer Forscher hatten 1.500 Patienten und 230 Reproduktionsmediziner sowie 60 Psychosoziale Berater befragt. © kna/aerzteblatt.de